



*Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Integration sowie
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*

Ansprechpartner Jonathan Brenner
E-Mail jonathan.brenner@kreisjugendrat-
bodenseekreis.de
Datum 04. August 2025

Positionspapier der Kreisjugendräte zur Stärkung von Jugendbeteiligung, Lebensqualität und Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg

1. Einleitung und Anlass

Der Kreisjugendrat Bodenseekreis hat im Rahmen seiner regelmäßigen Beteiligungsformate, Workshops und des kontinuierlichen Austauschs mit Jugendlichen der Region zentrale Bedarfe identifiziert. Diese Anliegen spiegeln sich unter anderem in den Ergebnissen der Kreisjugendkonferenz 2024 wider.

Dieses Positionspapier wurde vom Kreisjugendrat Bodenseekreis erarbeitet und vom Jugendkreisrat Konstanz mitgezeichnet. Es richtet sich an die Landesregierung Baden-Württembergs mit der Bitte, die Forderungen bei der politischen Umsetzung auf Landesebene konkret zu berücksichtigen.

2. Zentrale Handlungsfelder & Forderungen

A. Mobilität und Nahverkehr

Jugendliche fordern eine bezahlbare, verlässliche und flächendeckende Mobilität im ländlichen Raum.

Konkret fordern wir:

- Beibehaltung eines einheitlichen, günstigen Jugendtickets BW – auch für Auszubildende, FSJ-, BFD-Teilnehmende u. Ä.
- Bessere Taktung und Anschlussverbindungen im ländlichen Raum
- Ausbau von Rufbussystemen und On-Demand-Angeboten
- Fahrradfreundliche Verkehrsplanung mit sicheren Radwegen und Stellplätzen

B. Psychische Gesundheit & Unterstützung

Die mentale Gesundheit junger Menschen benötigt mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Konkret fordern wir:

- Niedrigschwellige psychologische Beratungsangebote an Schulen und Jugendeinrichtungen
- Aufklärung zur mentalen Gesundheit und Enttabuisierung psychischer Erkrankungen
- Ausbau von Schul- und Jugendsozialarbeit sowie Präventionsangeboten
- Mehr Anlaufstellen für Jugendliche in Krisensituationen insbesondere Erhöhung der Kassensitze für Kinder- und Jugendpsychiater.

C. Bildungsgerechtigkeit & Schule

Junge Menschen wünschen sich faire Bildungschancen – unabhängig von Wohnort oder sozialem Hintergrund.

Konkret fordern wir:

- Flächendeckende Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen
- Lernmittelfreiheit und Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Schülerinnen und Schüler
- Im Bereich Berufs- und Studienorientierung:
 - höherwertige Berufs- und Studienorientierung
 - Berufs- und Studienorientierung als Pflichtbestandteil im Oberstufenunterricht (Stichwort Empowerment und Aufklärung)
 - Ausbau von Berufsorientierung, Praktikumsplätzen und Kooperationen mit Unternehmen,
- Stärkere Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an Schulentwicklungsprozessen.
- Einführung von KI-Schulungen von Lehrkräften und Integration von KI in den Unterricht, diese wird im Folgenden näher ausdifferenziert:

Angesichts der rasanten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) und deren zunehmenden Einfluss auf unsere Gesellschaft, ist es notwendig, das Bildungssystem entsprechend anzupassen und zu modernisieren. Hiermit unterbreiten wir den Vorschlag, eine landesweite Initiative in Baden-Württemberg zu starten, die darauf abzielt, KI in den Schulunterricht zu integrieren und gleichzeitig Lehrkräfte professionell in diesem Bereich zu schulen.

Konkret fordern wir:

- Schulung der Lehrkräfte:
Einführung von verpflichtenden Fortbildungen und Workshops für alle Lehrkräfte zu den Grundlagen der Künstlichen Intelligenz, modernen Technologien und deren pädagogischer Nutzung im Unterricht.
- Entwicklung und Bereitstellung von spezialisierten Schulungsmaterialien durch Experten im Bereich der KI.
- Integration von KI in den Lehrplan:

Erarbeitung und Einführung eines standardisierten Lehrmoduls über Künstliche Intelligenz, das sowohl technische Aspekte als auch ethische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Implikationen behandelt. Anpassung der Lehrpläne aller relevanter Fächer, um Bezüge zur KI und deren Anwendungen aufzuzeigen und zu diskutieren.

- Verpflichtende Aufklärung über Chancen und Herausforderungen von KI: Entwicklung eines obligatorischen Lehrplans, der Schülerinnen und Schüler umfassend über die Potenziale und Risiken der Künstlichen Intelligenz informiert.
- Durchführung von Projekten und Diskussionsrunden, in denen Schülerinnen und Schüler aktiv mit realen und hypothetischen Szenarien arbeiten, um ein kritisches Verständnis für KI zu entwickeln.

Unterstützung durch die Landesregierung:

- Bereitstellung von finanziellen und technischen Ressourcen zur Förderung dieser Initiative.
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Schulen, um technische Unterstützung und fachliche Beratung zu garantieren.

Evaluation und stetige Weiterentwicklung:

Regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Lehrinhalte und Schulungsmethoden anhand der neuesten wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen. Einbeziehung von Feedback von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie von KI-Experten zur kontinuierlichen Verbesserung der Programme und Materialien.

Diese Initiative würde nicht nur dazu beitragen, das Bildungssystem in Baden-Württemberg innovativ zu gestalten, sondern auch junge Menschen besser auf eine immer stärker von Technologie geprägte Zukunft vorzubereiten. Mit der Förderung eines tiefgehenden Verständnisses und einer kritischen Auseinandersetzung mit Künstlicher Intelligenz, würden wir die Schülerinnen und Schüler befähigen, informierte und verantwortungsbewusste Entscheidungen in einer digitalisierten Welt zu treffen.

D. Beteiligung & politische Mitbestimmung

Jugendliche wollen gehört und ernst genommen werden – auf allen politischen Ebenen.

Konkret fordern wir:

- Gesetzlich verankerte Beteiligungsrechte auf Landkreisebene (z. B. verbindliche Mitbestimmung bei Jugendthemen)
- Förderung und dauerhafte Sicherung von Jugendgremien wie Jugendräten oder Jugendforen
- Bereitstellung von Beteiligungsbudgets für Jugendprojekte auf Kreisebene
- Einbindung von Jugendgremien in gesetzliche Entscheidungsprozesse mit Jugendbezug.

E. Freizeit, Räume & Lebensqualität

Jugendliche wünschen sich sichere drogenfreie Räume zum Treffen, Kreativsein und Entfalten.

Konkret fordern wir:

- Mehr öffentliche (auch wetterfeste) Treff- und Aufenthaltsräume für Jugendliche – innen und außen
- Unterstützung offener Jugendarbeit, Jugendhäuser und mobiler Angebote
- Förderung von Jugendkultur und Veranstaltungen
- Beteiligung Jugendlicher an der Gestaltung ihrer Lebensräume.
- Forderung eines Verkaufsverbots und Konsumverbots von elektronischen Nikotinabgabesystemen (Vapes / E-Zigaretten / Liquids) im Umkreis von einem Kilometer zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielplätzen sowie öffentlich zugänglichen Sportstätten

3. Unsere Erwartungen an das Land

Wir erwarten von der Landesregierung Baden-Württemberg:

- Eine konsequente Jugendpolitik mit landesweiten Mindeststandards für Beteiligung, Bildung, Mobilität und Gesundheit
- Die Einbeziehung junger Menschen bei allen Entscheidungen, die sie betreffen – nach dem Motto „Nicht über uns, sondern mit uns“
- Eine dauerhafte finanzielle und strukturelle Absicherung von Jugendbeteiligung in Kommunen und Landkreisen.

4. Abschließende Bemerkung

Dieses Positionspapier wurde vom Kreisjugendrat Bodenseekreis erstellt und vom Jugendkreisrat Konstanz mitgezeichnet. Es reflektiert die Anliegen junger Menschen im ländlichen Raum.

Wir appellieren an die Landesregierung, die Stimme der Jugend ernst zu nehmen und nachhaltige Verbesserungen umzusetzen, die junge Menschen direkt in Schule, Gemeinde und Alltag erreichen.

Kontakt & Rückfragen:

Jonathan Brenner, Sprecher des Kreisjugendrats Bodenseekreis,
jonathan.brenner@kreisjugendrat-bodenseekreis.de